

Ene, mene, muh ...

Bei der Endlagersuche sollten wissenschaftliche Faktoren im Vordergrund stehen, doch das aktuelle Verfahren läuft auf politische Ränkespiele hinaus

Seit mehr als sechs Jahrzehnten produziert die Menschheit Atom Müll, ohne zu wissen, wie sie die über Jahrtausende hinweg gefährlichen Abfälle sicher lagern kann. Keiner der rund 30 Staaten, die Atomkraftwerke betreiben, hat eine Antwort auf dieses Problem. Und wer glaubt, es sei gelöst, wenn der Müll nur tief genug in der Erde verbuddelt ist, irrt. Die Gefahr, dass die radioaktiven Stoffe ihren Weg in die Biosphäre finden, schwebt wie ein Damoklesschwert über kommenden Generationen. Ein Endlager* mit einer Sicherheitsgarantie für mindestens eine Million Jahre wird es nicht geben können. Gesucht wird bestenfalls der am wenigsten schlecht geeignete Aufbewahrungsort.

Der Müll ist da

Niemand wünscht sich Atom Müll vor der eigenen Haustür. Doch als Gesellschaft, die über zwei Generationen hinweg Atomstrom genutzt hat – und noch immer sechs Meiler betreibt –, können wir uns der Verantwortung nicht entziehen. Selbst diejenigen nicht, die vor den Risiken gewarnt haben und gegen Atomkraft auf die Straße gegangen sind. Der Müll ist da und es nützt nichts, „Atom Müll – Nein Danke!“ zu sagen. Wer sich gegen Atomenergie eingesetzt hat, sollte auch ein Interesse daran haben, die kommenden Generationen so gut es irgend geht vor strahlenden Hinterlassenschaften des Atomzeitalters zu schützen.

Chancen verbaut

Die Entscheidung darüber, wo der bestmögliche Ort für die dauerhafte Lagerung des Atom Mülls ist, muss strengen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und darf nicht wie in der Vergangenheit von Einzelinteressen geleitet oder politisch motiviert sein. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gemeinsam gelöst werden muss.

Doch wie kann es gelingen, dass die betroffene Bevölkerung am ausgewählten Standort, die das Risiko für die ganze Gesellschaft auf sich nehmen soll, das Ergebnis der Suche (zähneknirschend) akzeptiert, statt das Projekt zu verhindern? Die Menschen müssen überzeugt davon sein,

dass das Suchverfahren fair und gerecht abgelaufen ist und dass die, die gesucht, und die, die entschieden haben, vertrauenswürdig sind.

Doch das im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgelegte Suchverfahren hat schwerwiegende Mängel. Die Auswahlkriterien wurden nicht von Wissenschaftler*innen festgelegt, sondern hauptsächlich von Landespolitiker*innen, die aktiv Gebietsschutz betrieben haben. Entstanden ist ein Gesetz, das anstelle klarer fachlicher Kriterien für den Standortvergleich zu oft Formelkompromisse und Interpretationsspielräume liefert.

Versprochen wurde Transparenz und Bürger*innen-Beteiligung im Suchverfahren. Beides ist dringend notwendig, um Vertrauen zu schaffen. Doch die Versprechen werden nicht gehalten (siehe Artikel unten und auf Seite 2).

Politik sticht Wissenschaft

Und schließlich wird mit dem StandAG die Gewaltenteilung bis an die Grenzen der Legalität strapaziert. In öffentlich-rechtlichen Planungsverfahren werden Entscheidungen in der Regel von Behörden getroffen. Anders jedoch bei der Standortsuche für den Atom Müll. Diese wird

mit der juristisch umstrittenen „Legalplanung“ durchgeführt. Sämtliche Auswahl-Entscheidungen trifft der Bundestag per Gesetz. Dadurch haben Betroffene keine realistische Chance, die Entscheidung durch Gerichte prüfen zu lassen. Denn Gesetze sind nur vor dem Bundesverfassungsgericht anfechtbar, wenn dadurch nachweislich Grundrechte verletzt werden.

Zudem erlaubt die Legalplanung dem Parlament, sich in jeder Phase der Suche über die Ergebnisse des Auswahlprozesses hinwegzusetzen. Wenn die mit der Anwendung der Kriterien beauftragten Wissenschaftler*innen Erkundungsgebiete ausgewählt haben, kann der Bundestag diese ablehnen oder andere einfordern. Er kann zuletzt auch einen anderen Endlager-Standort bestimmen, als den im Suchverfahren ausgewählt. Damit wäre die ganze Standortsuche komplett wertlos.

Nicht in meinem Wahlkreis

Das alles führt dazu, dass selbst diejenigen, die das Gesetz beschlossen haben, dem Verfahren nicht trauen. Anders ist nicht erklärbar, dass Politiker*innen in vielen Regionen schon jetzt ankündigen, im Bundestag dafür zu sorgen, dass die eigene Region aus dem Suchverfahren ausscheidet.

Sobald die Betroffenheit den eigenen Wahlkreis erreicht hat, geht es für viele Abgeordnete nicht mehr um die sichere Verwahrung des Atom Mülls, dann geht es um das Sichern von Wähler*innen-Stimmen. Das StandAG lässt dies zu. Schließlich entscheiden die Parlamentarier*innen gerne nach regionalen Interessen. Die angeblich faire Endlagersuche endet spätestens dort, wo die Rechenispiele beginnen. Mecklenburg-Vorpommern etwa ist mit lediglich 16 Abgeordneten im Bundestag vertreten, Nordrhein-Westfalen dagegen hat 142 Sitze im Parlament. Am Ende sind die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag der entscheidende Faktor und könnten dazu führen, dass ein aus geologischer Sicht schlechter Standort als Endlager benannt wird.

*Das Wort „Endlager“ weckt die Illusion, das Atom Müll-Problem sei gelöst. Tatsächlich dauert die Gefahr mindestens eine Million Jahre an. Wir verwenden den Begriff hier einzig zum besseren Verständnis.



Atomklo der Nation? Das wünscht sich keine Region.

Foto: Kina Becker

Fehlende Einsicht

Die wichtigste Frage der Menschen in den Teilgebieten bleibt unbeantwortet: Warum hier?

Drei Jahre lang hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) alle Hinweise darauf, welche Gebiete für die Standortsuche in Betracht kommen, streng geheim gehalten. Das angeblich transparente Verfahren hat bisher also hinter verschlossenen Türen stattgefunden.

Mit der Veröffentlichung des Zwischenberichtes wollte die BGE ursprüng-

lich auch alle geologischen Daten veröffentlichen, die zu ihrer Gebietsauswahl geführt haben. Das Standortauswahlgesetz (StandAG) schreibt dies vor, mit dem Ziel, in der Gesellschaft Vertrauen für das Verfahren zu schaffen. Denn die Betroffenen werden völlig zu Recht genau wissen wollen, warum ihre Heimatregion als Endlager-Standort gehandelt wird.

Doch das, soviel ist jetzt sicher, wird nicht geschehen. Die BGE arbeitet in der ersten Verfahrensphase ausschließlich mit vorhandenen staatlich oder privat erhobenen geologischen Daten. Private Geodaten dürfen jedoch nicht ohne weiteres veröffentlicht werden. Sie stehen unter Eigentumsschutz und gehören oftmals Rohstoff-Firmen, die kein Interesse daran haben, sich von der Konkurrenz in die Karten schauen zu lassen.

Viele Geodaten, die in die Bewertungen der BGE eingeflossen sind, bleiben vorerst und teilweise vermutlich für immer geheim. Das vom Bundeswirtschaftsministerium jahrelang verschleppte und Ende Juni doch noch in Kraft getretene Geologiedatengesetz ändert erstmal we-

nig an der Situation. Lediglich ein kleines Expert*innengremium, darf die gesperrten Akten in einem sogenannten „Datenraum“ einsehen und die Auswertungen der BGE überprüfen. Die Mitglieder des Gremiums dürfen jedoch nicht öffentlich über die Inhalte sprechen. Obendrein können diese Geolog*innen die Sichtungen allenfalls grob stichprobenartig vornehmen. Die Datenmengen sind zu groß, eine Prüfung würde Jahre beanspruchen.

Mit Transparenz hat dieser Vorgang nichts zu tun. Relevante Informationen sind der Öffentlichkeit entzogen – der „Datenraum“ ist eine „Dunkelkammer“. Betroffene haben somit nicht die Möglichkeit, die Ergebnisse der BGE nachzuvollziehen und zu überprüfen.

SO WIRD AUSGEWÄHLT

Phase 1

Beschaffung und Auswertung vorhandener Geo-Daten (Suchstart: 2017)

1.1. ERSTE GEBIETSAUSSCHLÜSSE



Zwischenbericht: Bekanntgabe von Teilgebieten (28.9.2020)

1.2 WEITERE GEBIETSAUSSCHLÜSSE



Festlegung von Erkundungsgebieten per Bundesgesetz

Phase 2

Übertägige Erkundung: seismische Messungen und Bohrungen



Festlegung von mindestens zwei Standorten zur untertägigen Erkundung per Bundesgesetz

Phase 3

Errichtung von Erkundungsbergwerken an mind. zwei Standorten



Bestimmung des Endlagerstandortes per Bundesgesetz (Zieltermin: 2031)

UNBETEILIGT

Bisherige Erfahrungen mit Bürger*innen-Beteiligung bei der Standortsuche

2011

Bund und Länder verkünden den Neustart der Endlager-suche. Oberste Maxime sollen Transparenz und Beteiligung der Betroffenen sein. Bis 2013 erarbeitet ein kleiner Kreis von Politiker*innen das Suchverfahren, intransparent und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit.

2013

Als das Standortauswahlgesetz dem Bundestag bereits beschlussreif vorliegt und klar ist, dass keine wesentlichen Veränderungen mehr möglich sind, inszeniert der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier eine dreitägige Veranstaltung, bei der die Öffentlichkeit angeblich doch noch beteiligt werden soll. Der Minister selbst verlässt die Veranstaltung bald nach seiner Eröffnungsrede. Das Gesetz wird kurz darauf ohne Änderungen verabschiedet.

2014

Der BUND entscheidet sich nach großen Zweifeln zur Mitarbeit in der Atommüll-Kommission*. Ausschlaggebend war die Zusage des Bundestages, während der zweijährigen Arbeit des Gremiums eine breite gesellschaftliche Atommüll-Debatte zu initiieren. Doch diese Debatte hat nie stattgefunden. Der BUND stimmt am Ende gegen den Abschlussbericht der Kommission.

2016

Die Atommüll-Kommission lädt zu einer „Konsultation“, um mit Bürger*innen den Entwurf ihres Abschlussberichtes zu diskutieren. Mehr als 100 Menschen folgen der Einladung. Was nicht vorliegt, sind die Entwürfe zu zentralen Teilen des Berichts. Die Frustration bei Anwesenden ist riesengroß.

2016

Das Atommüll-Bundesamt beauftragt einen Dienstleister mit einer Online-Konsultation zum Abschlussbericht der Kommission. Der verspricht: „Die Ergebnisse der Online-Kommentierung werden vom Umweltausschuss des Deutschen Bundestages beraten und finden dadurch Berücksichtigung bei der Novellierung des Standortauswahlgesetzes. Nutzen Sie die Möglichkeit, direkt auf die Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen.“ 700 Kommentare, teilweise sehr ausführlich, werden abgegeben. Der Umweltausschuss beschäftigt sich zwei Minuten mit dem Tagesordnungspunkt, um zu beschließen, sich mit den Ergebnissen nicht zu befassen.

Simulation von Beteiligung

Die „Fachkonferenz Teilgebiete“ kann viel reden, hat aber nichts zu sagen

Der „Zwischenbericht Teilgebiete“ ist veröffentlicht. Darin erklärt die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), welche Regionen in Deutschland aus ihrer Sicht günstige geologische Voraussetzungen für die dauerhafte Atommüll-Lagerung erwarten lassen. Als nächster Schritt im Verfahren folgt die „Fachkonferenz Teilgebiete“, das erste offizielle „Partizipationsformat“ im Rahmen der Standortsuche. Teilnehmen kann jedede*r.

Los geht es mit einer Auftaktveranstaltung am 17./18. Oktober 2020, bereits knapp drei Wochen nach Veröffentlichung des Berichts. Die eigentlichen Beratungstermine folgen dann im Februar, April und Juni 2021. Es bleiben also lediglich vier Monate, den Bericht zu diskutieren und eine Stellungnahme zu erarbeiten.

Die Ergebnisse der Konferenz müssen von den staatlichen Institutionen nicht beachtet werden. Zwar steht im Gesetz etwas von „berücksichtigen“. Aber dieses Wort hat im Behördendeutsch eine andere Bedeutung als in der Alltagssprache. Der Berücksichtigungspflicht ist bereits Genüge geleistet, wenn die BGE sich die Ergebnisse anschaut und sie bewusst verwirft.

Zudem wartet die BGE nicht auf die Stellungnahmen. Sie arbeitet auf Grundlage des Zwischenberichts einfach weiter. Wenn dann die Teilgebiete-Konferenz ihre Beratungsergebnisse im Sommer 2021 präsentiert,

beziehen diese sich auf einen bis dahin schon völlig überholten Arbeitsstand. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass dann alles noch einmal neu aufgerollt wird. Wer bei der Konferenz mitmacht, muss sich dessen bewusst sein, dass er*sie dort keinen relevanten Einfluss auf die Arbeit der BGE hat. Er*sie kann viel reden, hat aber nichts zu sagen.

Die Konferenz dient folglich nicht dazu, den Betroffenen wirkliche Partizipation zu ermöglichen. Ihr tatsächlicher Zweck ist ein anderer: Sie soll der breiten Öffentlichkeit suggerieren, es gäbe Beteiligung, um damit das Verfahren zu legitimieren. „Participation“ wäre dafür ein passender Name.

Aufgrund der Corona-Pandemie werden die Konferenzen hauptsächlich als Online-Veranstaltungen geplant. Echte Interaktion und Diskurs sind damit kaum möglich: kein freier Austausch, keine Pausengespräche, kein klärender Zwischenruf. Die gesamte Kommunikation ist weitgehend vom Veranstalter, dem Atommüll-Bundesamt, gesteuert und kontrolliert.

Bei der Auftaktveranstaltung stellt die BGE den Zwischenbericht vor. Nicht vorgesehen ist eine zweite Meinung, also eine kritische Würdigung des Papiers. Die Teilnehmenden haben also keine Chance, sich unabhängig zu informieren. Die Deutungshoheit liegt damit ganz

alleine bei den Autor*innen des Berichts. Das Bundesamt spricht von einer „einheitlichen Informationsgrundlage“, die im Sinne von „Fairness und Chancengleichheit“ für alle geschaffen werden soll. Chancengleichheit wird demnach also dadurch erreicht, dass aufgrund des engen Zeitplans niemand eine Chance hat, sich gründlich vorzubereiten oder kritische Expertise zu organisieren. Wollen Betroffene wenigstens im Vorfeld der weiteren Termine unabhängige Fachleute zu Rate ziehen, gibt es dafür keine finanzielle Unterstützung vom Staat.

Im Gesetz ist festgelegt, dass die Teilgebiete-Konferenz lediglich ein Thema bearbeiten darf: die Erörterung des Zwischenberichts der BGE. Kein Thema sind dagegen das Suchverfahren, seine Akteure, die Auswahl-Kriterien, die Lager-Methode in tiefe geologischen Schichten, die Sicherheitsanforderungen, die eingeschränkten Beteiligungs- und Klagerrechte, die Entlassung der AKW-Betreiber aus der finanziellen Verantwortung für den Atommüll – all das wurde in den letzten Jahren bereits entschieden, ohne dass die Betroffenen die Möglichkeit hatten, dabei mitzureden.

Eigentlich wäre es ratsam, die Teilgebiete-Konferenz zu ignorieren oder gar zu boykottieren. Denn wer bei einer Simulation von Beteiligung mitmacht, wird Teil der Simulation, nicht Teil von Beteiligung.

Werbekeule statt Polizeiknüppel

Der Staat habe seine Lehren aus den jahrzehntelangen Protesten gegen das geplante Atommüll-Lager in Gorleben gezogen, heißt es. Das Ergebnis ist eine riesige PR-Kampagne.

Transparenz? Fehlanzeige. Beteiligung? Fehlanzeige. Die Menschen, die in den von der Endlager-suche betroffenen Regionen leben, werden schnell merken, dass sie nicht Teil des Suchverfahrens sind, sondern allenfalls Zuschauer*innen mit schlechten Sitzplätzen.

In der Öffentlichkeit kommt jedoch ein ganz anderes Bild an: Schicke Broschüren, witzige Sprüche, aufwendige Erklärfilme, Infoveranstaltungen, hübsche

an alle, die nicht befürchten müssen, dass der Atommüll bei ihnen landet. Dem Atommüll-Bundesamt geht es in seinen Aussagen und Werbebotschaften darum, die Deutungshoheit zu gewinnen und die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, den Menschen in der Region, die es am Ende trifft, zu sagen: „Ihr nehmt den Müll!“ – selbst wenn der politisch bestimmte Standort nicht der geeignetste ist. In Gorleben haben Staat und Behörden gelernt, dass Wasserwerfer und Polizeiknüppel

Schein und Wirklichkeit:



ORIGINAL: aus einem Werbefilm des BaSE

Baumwolltaschen – alles im klassischen Anti-Atom-Gelb gehalten. „Das letzte Kapitel schreiben wir gemeinsam!“, textet das für die Öffentlichkeitsbeteiligung bzw. PR zuständige Atommüll-Bundesamt (BaSE) im Rahmen einer Fünf-Millionen-Euro-Kampagne, die suggerieren soll: Mehr Beteiligung geht nicht. Und im Umkehrschluss: „Wer hier nicht mitmacht, ist nicht bereit, Verantwortung für das Allgemeinwohl zu übernehmen.“

Diese Botschaften sind nicht an die Betroffenen gerichtet, sondern an die Medien und auf diesem Weg



KORREKTUR: so läuft es wirklich

pel gegen die Solidarität in der Bevölkerung nicht ankommen. Manche gesellschaftliche Konflikte haben gezeigt, dass behördlicher oder staatlicher Wille mit gezielten Werbekampagnen und Schein-Beteiligung durchsetzbar ist.

Die Bürger*innen in den jetzt benannten Teilgebieten haben nur eine Chance gegen die PR-Offensive der Atommüllbehörde, wenn sie sich miteinander vernetzen und solidarisieren, um gemeinsam für ein faires Verfahren zu streiten.

Gorleben lebt

Ein alter Fehler wurde behoben. Neue Fehler sind dadurch nicht ausgeschlossen.

43 Jahre, sieben Monate und sechs Tage nachdem der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) am 22. Februar 1977 Gorleben als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ benannt hat, ist die Auseinandersetzung um den Salzstock im Wendland entschieden. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat am 28. September in ihrem „Zwischenbericht Teilgebiete“ Gorleben von der weiteren Suche ausgeschlossen. Dabei wurde nicht, wie jetzt manche behaupten, nur dieser eine Standort aussortiert, sondern insgesamt 79 der 139 Salzstöcke, die nach den ersten beiden Kriterien-Runden noch im Rennen waren.

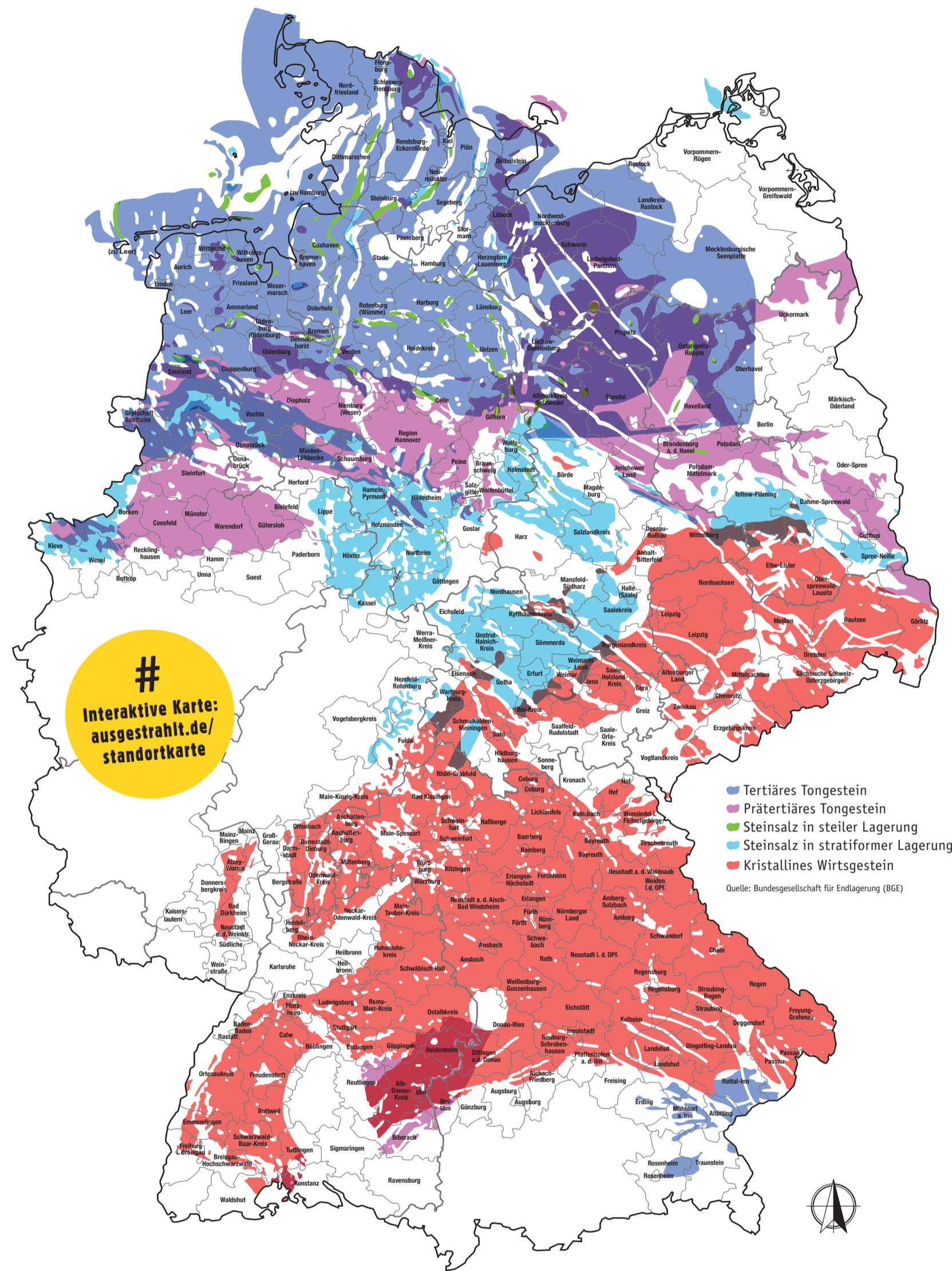
Die BGE begründet das Aus für Gorleben in erster Linie mit dem direkten Kontakt des Salzes zu wasserführenden Schichten. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern war seit den ersten Probebohrungen Anfang der 80er Jahre bekannt. Doch selbst als sich 2011 Bund und Länder auf den Neustart der Standortsuche einigten, blieb Gorleben im Topf – als Faustpfand für alle, die darauf hofften, am Ende der Suche doch wieder dort zu landen.

Dass die jetzige Entscheidung höchstwahrscheinlich Bestand haben wird, liegt an einem eigenen Gorleben-Paragrafen im Standortauswahlgesetz. Danach scheidet der Salzstock im Wendland endgültig aus dem Suchverfahren aus, da er nicht zu den jetzt festgelegten „Teilgebieten“ zählt. Folgerichtig will die BGE nun zügig die Erfüllung des Bergwerks vorbereiten. Die letzte Möglichkeit, Gorleben doch wieder ins Spiel zu bringen, wäre eine Änderung des Gesetzes durch den Deutschen Bundestag.

Bei denen, die in all den Jahrzehnten unermüdet für die Revision der Fehlentscheidung von 1977 gekämpft haben, ist die Freude groß. Gorleben ist damit endgültig der Beleg dafür, dass Fehlentwicklungen selbst gegen mächtige Interessen in Wirtschaft und Politik korrigiert werden können, wenn viele Menschen mutig Verantwortung übernehmen. Beeindruckend ist die Reaktion der BI Lüchow-Dannenberg, die schon Minuten nach der Veröffentlichung der Entscheidung erklärte, weiter für ein faires Verfahren einzutreten und andere betroffene Regionen zu unterstützen. Das zeigt noch einmal, dass es im Wendland nie um „not in my backyard“ (oder auf bayerisch: Sankt Florian) ging.

Sich weiter einzumischen wird dringend nötig sein, denn durch die schlecht konstruierte und schlecht gemantete neue Standortsuche drohen neue Fehlentscheidungen und damit neue Konflikte. Der Ausschluss von Gorleben heilt die Schwächen des Suchverfahrens nicht.

Landkreise und kreisfreie Städte, die von der Atommüll-Lager-Suche betroffen sind:



Quelle: Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)

Große Betroffenheit?

Mit dem Zwischenbericht verhindert die BGE eine längst überfällige gesellschaftliche Debatte

Mit dem Zwischenbericht Teilgebiete hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) der halben Republik zumindest vorläufig eine angebliche geologische Tauglichkeit attestiert. Die „Betroffenheit“ ist damit so allgemein, dass sich wohl nur die wenigsten vorstellen werden, dass der Atommüll tatsächlich bei ihnen landen könnte. Das hat den Effekt, dass sich auch weiterhin nur eine Minderheit mit dem Atommüll-Problem und dem Suchverfahren auseinandersetzen wird. Im nächsten Schritt, den die BGE vornimmt, fallen dann jedoch mit einem Mal etwa 90 Prozent der jetzt betroffenen Gebiete

weg. Die Bundesgesellschaft wird sieben, neun, oder vielleicht auch zwölf kleinere Regionen für die Erkundung mit Bohrungen und seismischen Messungen vorschlagen. Für die Menschen in diesen Regionen wird es dann schlagartig eng. Denn sobald der Bundestag die Erkundungsregionen mit Gesetzeskraft beschlossen hat, wird es schwierig, das Rad zurückzudrehen, selbst wenn es begründete Zweifel an der Entscheidung gibt. Das Verfahren ist dann festgefahren und massive Konflikte vorprogrammiert.

Wollte die BGE mit dem Zwischenbericht Transparenz herstellen und das Verfahren für den gesellschaftlichen

Diskurs öffnen, so erreicht sie mit dieser Landkarte das Gegenteil. Der Zwischenbericht ist nichtssagend: Die Bewertung der Teilgebiete basiert in erheblichem Maß auf Referenzdaten. Landstriche, über deren Tiefengeologie keine ausreichenden Kenntnisse vorliegen, sind nicht gekennzeichnet und dort, wo geologische Daten vorliegen, sind sie oftmals geheim. Auf diese Weise ist es nicht möglich, zu Einschätzungen über einzelne Standorte zu kommen. Jetzt fühlt sich kaum jemand richtig betroffen und die nötige Debatte um den Atommüll und den Weg zum sichersten Lager wird weiter verschleppt.

UNBETEILIGT

Bisherige Erfahrungen mit Bürger*innen-Beteiligung bei der Standortsuche

2017

Das NBG lädt zu einer „Bürger*innen-Anhörung“, um den Gesetzentwurf für das überarbeitete Standortauswahlgesetz zu diskutieren und Empfehlungen an den Bundestag zu erarbeiten. 170 Menschen kommen, diskutieren einen ganzen Tag und formulieren neun Änderungsempfehlungen. Davon übernimmt der Gesetzgeber schließlich eine, nämlich dass das NBG Empfehlungen abgeben darf.

2018

Das NBG veröffentlicht seinen ersten Tätigkeitsbericht mit sechs Empfehlungen an den Bundestag und die Bundesregierung. Keine davon wird aufgegriffen. In seinem nächsten Bericht gibt das NBG keine Empfehlungen mehr ab.

2019

Bundesamt, BGE und NBG veranstalten unter dem Motto „Dein Endlager“ gemeinsam einen Workshop zur „Jugend-Beteiligung“. Dabei lassen sich die Akteure von den jungen Menschen hauptsächlich dazu beraten, wie sie ihre PR-Arbeit in den sozialen Medien verbessern können.

April 2020

Das NBG fordert aufgrund der Corona-Pandemie die Verschiebung der Veröffentlichung des Zwischenberichts und der Teilgebiete-Konferenz. Dies lehnt das Atommüll-Bundesamt ab und zieht sogar den Auftakt der Konferenz vom ursprünglich geplanten Termin im Januar 2021 auf den Oktober 2020 vor.

Mai 2020

Das NBG zieht sich aus der „Beratungsgruppe“ des Bundesamtes zurück, die die Teilgebiete-Konferenz vorbereiten soll. Aus der Begründung: „Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die „Beratungsgruppe Fachkonferenz Teilgebiete“ dem Anspruch der Beratung nicht (mehr) gerecht wird. (...) Der Umgang mit Rückmeldungen und Fragen zeigt unserer Meinung nach den dringlichen Bedarf Haltungen und Vorgehensweise zu reflektieren und zu ändern. Wie soll das Verfahren erfolgreich durchgeführt werden, wenn Menschen sich jetzt schon, in der Anfangsphase, nicht ernst genommen fühlen – nicht ernst genommen werden?“

*Das Nationale Begleitgremium (NBG): Von Bundestag und Bundesrat berufene Persönlichkeiten und „Zufallsbürger*innen“, die das Verfahren kritisch begleiten und um Vertrauen werben sollen.

Was tun? Was tun!

Ein schlechtes Atommüll-Lager lässt sich nur verhindern, wenn Betroffene aktiv werden.

Sie wollen sich einmischen? Sie wollen aktiv werden? Der erste Schritt ist es, sich selbst schlau zu machen. Ein zweiter Schritt kann sein, andere zu informieren; ein dritter Schritt, sich öffentlich zu äußern oder sich mit anderen zusammenzuschließen – auch über die eigene Region hinaus. Und schließlich können Sie dazu beitragen, dass kritische Stimmen zum Suchverfahren besser gehört werden. Aber der Reihe nach:

LESESTOFF:

Informieren, abonnieren und verteilen

► **Online-Infos** über die Standortsuche: Hintergrundtexte, Chronik, Glossar und weitere Informationsangebote finden Sie auf dem **Infoportal Standortsuche**: ausgestrahlt.de/standortsuche



► **Der Themen-Newsletter „Infomail Standortsuche“** versorgt Sie alle ein bis zwei Wochen mit wichtigen aktuellen Informationen, Terminen und Hinweisen. Kostenloses Abo auf: ausgestrahlt.de/standortsuche

► **Kritisches Infomaterial zur Standortsuche auf Papier.** Diverse Flyer, Broschüren, Reader und weitere Ausgaben der Atommüll-Zeitung gibt es zum Selberlesen und Verteilen kostenlos auf: ausgestrahlt.de/shop

Alle Publikationen sind auch als PDF-Download verfügbar.



MEDIATHEK:

Hören, sehen und verstehen

Den **Audio-Podcast** zum Thema, **Videoclips**, **Aufzeichnungen** und den **Erklärfilm „Standortsuche“** finden Sie ebenfalls im Infoportal auf ausgestrahlt.de/standortsuche



ONLINE-VERANSTALTUNGEN:

Besuchen, informieren, mitreden, vernetzen und weiterempfehlen



► **.ausgestrahlt** bietet zum Thema „Standortsuche“ regelmäßig Online-Veranstaltungen oder -Treffen an. Die Reihe „Standortsuche Spezial“ etwa beleuchtet einzelne Aspekte des Verfahrens in Fachvorträgen. Kritische Erläuterungen und Analysen liefert das Format „Standortsuche kompakt“.

Alle aktuellen Termine finden Sie im Infoportal Standortsuche: ausgestrahlt.de/standortsuche

AKTIV VOR ORT:

Einmischen, vernetzen, informieren, diskutieren

► **Reden und schreiben Sie mit!** Ein Leser*innenbrief oder -kommentar rückt so manchen beschönigenden Artikel zur Standortsuche in ein anderes Licht.

► **Unterschreiben Sie die Forderung „Echte Mitbestimmung bei der Suche nach einem Atommüll-Lager“** und sammeln Sie weitere Unterschriften – Listen sind im .ausgestrahlt-Shop erhältlich. Online unterschreiben unter: ausgestrahlt.de/standortsuche

► **Schließen Sie sich mit anderen zusammen und planen Sie gemeinsame Aktionen.** Eine Bürger*innen-Initiative vor Ort kann Einfluss auf die Debatte nehmen. Vernetzen und solidarisieren Sie sich auch mit Aktiven an anderen betroffenen Standorten.

► **Holen Sie die Städte-Infotour an Ihren Wohnort:** Ein „Atomklo“ reist durch die Republik und macht auf Wunsch von örtlichen Initiativen Halt in von der Suche betroffenen Regionen. Der Infostand mit Ausstellung und umfangreichem Info-Material zum Thema Endlagersuche ist ein Anziehungspunkt in der Fußgängerzone oder auf dem Marktplatz.
Kontakt: info@ausgestrahlt.de



Foto: Kina Becker

► **Laden Sie zu einer lokalen oder regionalen Infoveranstaltung ein:** Referent*innen von .ausgestrahlt besuchen auf Einladung von örtlichen Initiativen Infoveranstaltungen für einen kritischen Vortrag mit Diskussionsrunde. Die Veranstaltungen können sowohl online als auch vor Ort stattfinden, wenn die Corona-Situation dies zulässt.
Kontakt: info@ausgestrahlt.de

► **Organisieren Sie eine Plakat-Ausstellung:**

Die sechs Plakate im DIN A0-Format erläutern die Standortsuche kritisch in Text und Bild. Die Plakat-Ausstellung ist für öffentliche Gebäude geeignet.



Sie können sich vorstellen, eine **Veranstaltung oder Ausstellung an Ihrem Wohnort zu organisieren?** Wenden Sie sich für Informationen und Unterstützung an: info@ausgestrahlt.de

KRITISCHE STIMMEN STÄRKEN:

Die staatlichen Akteure der Standortsuche geben Millionen aus, um das Suchverfahren zu bewerben. .ausgestrahlt hält mit Ihrer Unterstützung kritisch dagegen: mit guten Argumenten, Ideen und Aktionen. Das braucht auch finanziell einen langen Atem. Ihre Spende sichert diesen – ob klein oder groß, einmalig oder regelmäßig. *Vielen Dank!*

Spendenkonto:
.ausgestrahlt e. V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS-Bank

Oder online unter:
ausgestrahlt.de/spenden



Was möchte .ausgestrahlt erreichen?

.ausgestrahlt streitet dafür, dass kein weiterer Atommüll produziert wird. Darüber hinaus wollen wir verhindern, dass es zu einem unsicheren Atommüll-Lager kommt, nur weil bei der Suche übertriebener Zeitdruck herrscht, Geld gespart werden soll, politische Interessen schwerer wiegen als wissenschaftliche Erkenntnisse oder weil die Bedenken der Betroffenen nicht ernst genommen werden.

Deswegen fordern wir, das angelaufene Suchverfahren abzubrechen und zuerst eine gesellschaftliche Verständigung über die Regeln für ein neues Verfahren unter gleichberechtigter Einbeziehung der (potenziell) Betroffenen zu erarbeiten. Denn

diejenigen, bei denen der Müll am Ende landet, sind mit ihren Interessen und Bedenken der beste Garant für größtmögliche Sicherheit.

Die von der Suche Betroffenen unterstützen wir dabei, sich zu organisieren und sich solidarisch mit anderen Betroffenen zu vernetzen. Nur wenn die verschiedenen Teilgebiete nicht gegeneinander kämpfen, sondern für gemeinsame Interessen zusammenarbeiten, kann ausreichend politischer Druck entstehen, um ein faires Suchverfahren durchzusetzen. Nur so lässt sich vermeiden, dass am Ende diejenigen den strahlenden Müll untergeschoben bekommen, die die kleinste Hausmacht im Bundestag haben.

STIFTUNG ATOMERBE

Die Stiftung Atomerbe unterstützt langfristig kritische Expertise und kritisches Handeln gegen unsichere Atommüll-Projekte und schlecht gemachte Atommüll-Politik. Noch ist sie im Aufbau. Wenn Sie mehr über die Stiftung erfahren möchten oder sogar mit dem Gedanken spielen, selbst als Stifter*in beizutreten, dann informieren Sie sich unter: stiftung-atomerbe.de



Die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt

beschäftigt sich nicht nur mit der Standortsuche für ein Atommüll-Lager. Wir setzen uns ein für ein **schnelleres Aus der noch laufenden Atomkraftwerke** in Deutschland und darüber hinaus. Wir klären darüber auf, warum die **Atomenergie ein Irrweg in der Klimakrise** ist. Zu diesen und vielen weiteren Themen gibt es Informationen und Angebote, aktiv zu werden, auf ausgestrahlt.de, im E-Mail-Newsletter, auf unseren Social Media-Kanälen und in zahlreichen Print-Publikationen, die über ausgestrahlt.de/shop bestellt werden können.